



Bericht und Antrag der GPK¹ zum Geschäftsbericht 2024 der Stadt Zürich (GR Nr. 2025/103 vom 19. März 2025)

1. Einleitung und generelle Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 49 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, die Mitglieder¹ haben dazu schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Das für das jeweilige Referat zuständige GPK-Mitglied führte mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratsmitglied beziehungsweise mit dem Stadtschreiber eine Besprechung über das Geschäftsjahr 2024. Die dazugehörige Berichterstattung zuhanden der GPK erfolgte sowohl schriftlich in einem kurzen Bericht als auch mündlich anlässlich einer GPK-Sitzung. Zuhanden des vorliegenden Berichts haben die GPK-Mitglieder ausgewählte Aspekte aus dem Geschäftsbericht zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Anhand des Geschäftsberichts der Stadt Zürich kann die Arbeit der Exekutive und der Verwaltung geprüft werden, wobei sich die GPK selbstverständlich nicht nur auf diese Informationsquelle beschränkt. Aus der Beratung zum Geschäftsbericht ergeben sich manchmal Themen, die von der GPK separat vertieft werden.
- Die GPK kann des Weiteren in den einzelnen Departementen Abklärungen tätigen. Dies geschieht über das für das Referat zuständige GPK-Mitglied oder über das GPK-Sekretariat. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK diese Arbeit entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamt-Kommission wahr.
- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.

¹ Matthias Probst (Grüne, Präsidium); Rahel Habegger (SP, Vizepräsidium); Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

- Die GPK trifft sich mindestens einmal jährlich mit der Datenschutzbeauftragten sowie dem Direktor der Finanzkontrolle. Der regelmässige Austausch mit dem Ombudsmann findet halbjährlich statt. Zwischen diesen Treffen geht die GPK im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Hinweisen aus den erwähnten Stellen nach.

Die GPK verabschiedete ihren Tätigkeitsbericht 2024 zuhanden des Gemeinderats und der Öffentlichkeit am 23. Januar 2025 (GR Nr. 2025/1).

Gemäss Gemeindegesetz haben alle Gemeinden bis Ende Juni des Folgejahres über den Geschäftsbericht zu beschliessen. Die GPK konnte den Geschäftsbericht 2024 der Stadt Zürich sorgfältig beraten und termingerecht zuhanden des Gemeinderats abschliessen. Dies wurde auch dank der durch die Stadtkanzlei frühzeitig erfolgten Zustellung des Berichts möglich, die im Einverständnis mit dem Stadtrat unter dem Vorbehalt der Geheimhaltung bis zur öffentlichen Publikation erfolgte. Die umfangreichen Rückfragen der GPK wurden von den Departementen fristgerecht beantwortet. Die GPK führte drei Lesungen durch.

2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich

Der Geschäftsbericht 2024 zeigt sich hinsichtlich des Umfangs (454 Seiten) ein wenig kürzer als die letztjährige Ausgabe (478 Seiten). Die Anzahl gedruckter Exemplare des Geschäftsberichts der Stadt Zürich stagniert gemäss Impressum bei 50 Stück. Die elektronische Version hat ihre Vorteile, so lassen sich nicht nur Fehler einfacher korrigieren, sondern auch bestimmte Gewichtungen des Stadtrats nach Anzahl der verwendeten Wörter erkennen. Auch drei Jahre nach Ende der Coronapandemie findet sich der Begriff im Bericht immer noch zwölfmal. Das über viele Jahre stetig öfters erwähnte «Velo» findet sich im Bericht zum Geschäftsjahr 2024 mit 283 in verschiedenen Formen ergehenden Erwähnungen signifikant weniger als im Vorjahr (371-mal). «Klima» liest sich in diesem Jahr mit 149 Erwähnungen etwa gleich häufig wie im Vorjahr. Von der «Bevölkerung» ist 194-mal die Rede, der Begriff «Wohnung» wird exakt gleich viele Male erwähnt.



2.1 Allgemeine Verwaltung, Referat: Rahel Habegger (SP)

Thomas Bolleter hat ab Juli 2024 die Stelle des Stadtschreibers angetreten. Die Übergabe von Dr. Claudia Cuche-Curti an ihn dauerte einen Monat. In die Übergabe und Einarbeitung wurde viel Zeit investiert, sodass Thomas Bolleter schon bald an der Klausur mit dem Stadtrat sowie an diversen Sitzungen und Treffen teilnehmen konnte.

Aus der PUK ERZ ergaben sich noch wenige Folgeaufträge, die die Stadtkanzlei noch immer beschäftigen. Auch die Stimmregisterzentrale sowie der neue Internetauftritt der Stadt Zürich waren zentrale Themen im vergangenen Jahr. Der aktualisierte Webauftritt ist neu themenorientiert und bedurfte eines geänderten Rollenverständnisses der zuständigen Mitarbeitenden. Die diesbezügliche Zusammenarbeit sowie der Relaunch verliefen sehr zufriedenstellend. Weiter beschäftigte sich die Stadtkanzlei im vergangenen Jahr intensiv mit dem internen Postversand. Aufgrund der immer geringeren Anzahl Postleistungen sowie der flexibleren Arbeitsweise sind neu Schliessfächer anstelle unbewachter Postverteilzimmer geplant. Diese Änderungen werden in Zusammenhang mit der Erneuerung der Amtshäuser neu aufgenommen. Zudem sollen Synergien mit der Stadtpolizei und den Stadtspitälern genutzt werden. Im nächsten Jahr soll die erste neue Postverteilungsanlage im Amtshaus Walche in Betrieb genommen werden – ein Pilot für die internen Prozesse läuft bereits.

Viel Arbeit bereiten wird die Umsetzung der neuen Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren (VeVV), die ab 1. Januar 2026 in Kraft treten wird. Die Basis für die digitalisierte Arbeits- und Verfahrensweise wurde zusammen mit Organisation und Informatik (OIZ) und dem Rechtskonsulenten erarbeitet, dabei wird eine standardisierte Lösung ohne Medienbrüche angestrebt. Angestrebt wird, dass man über «Mein Konto» direkt und kundenorientiert in alle Umsysteme übergehen kann. Eine zusätzliche Stelle mit Fokus «Strategie und Recht» soll geschaffen werden, um die Verordnung bestmöglich umzusetzen. Die vielen Schnittstellen mit dem Kanton werden nicht alle bis zum 1. Januar 2026 geklärt werden können und beispielsweise in Einbürgerungsverfahren werden übergangsweise hinsichtlich Medienbrüchen Abstriche gemacht werden müssen. Die neuen Prozesse werden gerade in Bereichen mit hohen Fallzahlen ein Digitalisierungstreiber sein.

Zum Thema Compliance wird die Stadtkanzlei im Sommer ihre Sichtweise und Inputs anbringen und der GPK berichten. Weiter laufen auch schon die Vorbereitungen für die Erneue-



rungswahlen im Frühling 2026 und damit verbunden auch die bevorstehenden Departementswechsel. Der Stadtschreiber hat sich vorgenommen, dass die Stadtkanzlei hier ein Fels in der Brandung sein soll.

2.2 Präsidialdepartement (PRD), Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Die Kultur ist zentral im Präsidialdepartement. Ein Anlass, der dabei einen hohen Stellenwert einnimmt, ist das «Zürcher Theater Spektakel». Das ist eine in der Bevölkerung sehr beliebte Veranstaltung, die durch das kulturelle Kaleidoskop einen Einblick in das weltweite Schaffen in Tanz und Theater fördert. Das Theater Spektakel ist stets gut besucht und die Vorstellungen sind oft ausverkauft. Die Schätzung von insgesamt 120 000 Besuchenden resultiert aus Umsätzen von Gastrobetrieben und durch Drohnenbeobachtungen.

Die Rad- und Para-Cycling-WM war ein Prestigeprojekt der Stadt. Sie erwies sich nicht nur als ein finanzieller Misserfolg, auch verdrängte der prestigeträchtige Zieleinlauf vor der Oper beispielsweise das «Zurich Film Festival» (ZFF), das 2024 sein zwanzigjähriges Jubiläum feierte, teilweise in die Herbstferienzeit. Das löste bei den Betroffenen des Gewerbes und des ZFF grossen Ärger aus.

Da die Friedhöfe auch in der Nacht offengelassen werden, besetzen dort viele Parkierende aus dem Quartier die Parkplätze. Für die Besuchenden richtete man Parkuhren ein, die jedoch nicht kostenfrei sind.

2.3 Finanzdepartement (FD), Referat: Sofia Karakostas (SP)

Das FD sah sich im Jahr 2024 mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, darunter geopolitische Krisen und der Klimawandel. Gleichzeitig wurden bedeutende Initiativen und Projekte vorangetrieben, um die finanzielle Stabilität und die Erreichung der Klimaziele sicherzustellen.

Ein Schwerpunkt lag auf der nachhaltigen Kapitalmarktstrategie. Die Emission einer grünen Anleihe über 400 Millionen Franken wurde erfolgreich umgesetzt. Dies stärkt nicht nur die Finanzierung nachhaltiger Projekte, sondern festigt auch die Position Zürichs als Vorreiterin im Bereich grüner Finanzen. Das FD verfolgt eine langfristige Strategie, um von den aktuellen Zinsentwicklungen zu profitieren und die Refinanzierungskosten der Stadt zu optimieren.



Im Bereich der Steuerentwicklung zeigte sich 2024 eine gemischte Bilanz: Während die Steuereinnahmen bei natürlichen Personen erfreulicherweise stabil sind, stellen die rückläufigen Einnahmen bei juristischen Personen eine Herausforderung dar. Das FD arbeitet intensiv an Strategien, um die Steuerbasis zu diversifizieren und die Attraktivität Zürichs als Wirtschaftsstandort zu erhalten. Die geplante Gewinnsteuersenkung für Unternehmen wurde mit der Ablehnung des Steuergesetzes (StG) (Änderung vom 4. November 2024; «Schritt 2 der Steuervorlage 17») in der Volksabstimmung vom 18. Mai 2025 abgelehnt. Damit ist diese Gewinnsteuersenkung für den Moment vom Tisch.

Die finanzielle Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus wurde durch die Implementierung des neuen Wohnraumfonds mit einem Volumen von 300 Millionen Franken weiter intensiviert. Der vorliegende Fonds zielt darauf ab, den Anteil an bezahlbarem Wohnraum zu erhöhen und die Wohnungsversorgung in der Stadt nachhaltig zu sichern. Zudem wurden positive Signale im Rahmen der Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» verzeichnet, die die Zustimmung der Bevölkerung zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus bestätigt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Digitalisierung der Finanzprozesse. Durch den Wechsel auf «SAP S/4HANA Finance» wird die Stadt Zürich ihre Finanz- und Risikomanagementprozesse modernisieren und effizienter gestalten. Das Projekt ermöglicht eine bessere Datenintegration und schafft die Grundlagen für eine zukunftssichere Finanzverwaltung.

Im Rahmen der Klimaziele bis 2040 hat das FD gemeinsam mit anderen Departementen zahlreiche Projekte initiiert, darunter die Installation von Photovoltaikanlagen und die Umrüstung fossiler Heizungen auf nachhaltige Energieträger. Diese Massnahmen sind Teil eines umfassenden Pakets, mit dem die Klimaziele erreicht und die Stadt Zürich auf dem Weg zur Netto-Null-Emission bis 2040 begleitet werden sollen.

Um die Attraktivität als Arbeitgeberin zu stärken, setzt das FD gemeinsam mit Human Resources Management (HRZ) auf eine nachhaltige HR-Strategie. So wurden im Jahr 2024 neue, flexible Arbeitsmodelle für ältere Mitarbeitende sowie das Projekt «Direkteinstieg» für junge Berufseinsteigende weitergeführt. Ab Januar 2025 werden zudem neue Lohnnebenleistungen eingeführt, um die Stadt Zürich noch attraktiver für Fachkräfte zu machen. Darüber hinaus wird die Weiterentwicklung der Employer-Branding-Massnahmen vorangetrieben, um die Stadt Zürich als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren.



Im Berichtsjahr wurde zudem die Zusammenarbeit mit weiteren städtischen und kantonalen Stellen intensiviert, um die Finanzausgleichssysteme an die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. In Anbetracht der gestiegenen Steuerkraft der Stadt besteht die Möglichkeit, dass sich die Nettobeiträge des Kantons Zürich an die Stadt in den kommenden Jahren verändern.

2.4 Sicherheitsdepartement (SID), Referat: Michael Schmid (FDP)

Die Umsetzung des neuen Arbeitszeitmodells der Stadtpolizei (Projekt OPTIMA) soll bis Sommer 2026 abgeschlossen werden und wird von einem Monitoring begleitet. Sowohl bei der Stadtpolizei als auch bei Schutz & Rettung (SRZ) werden Massnahmen zur Steigerung der Arbeitsattraktivität vorangetrieben, zu erwähnen sind beispielsweise das «Leaders for Equality»-Programm, ein Pilotversuch «Homeoffice» sowie erste Erfahrungen mit «Topsharing» (Jobsharing auf Kaderstufe).

Die Stadt Zürich wirkt neu und mit einem Gast-Status als Vertretung der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) in der Politischen Plattform des Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) mit.

Zu den von der Sicherheitsvorsteherin angeordneten Kurvensperrungen im Letzigrund sind Rechtsmittelverfahren pendent, ebenso wie gegen das Demonstrationsverbot um das Wochenende der Nationalratswahlen 2023 im Anschluss an die Angriffe auf Israel am 7. Oktober 2023. Von den entsprechenden Entscheiden sind wesentliche Erkenntnisse zu den sicherheitspolizeilichen Handlungsmöglichkeiten der Stadt Zürich im Rahmen des geltenden Rechts zu erwarten.

Aus den Ergebnissen der Sicherheitsumfrage ist aus dem Vergleich der Befragungen 2016, 2020 und 2024 eine insgesamt konstante Beurteilung des polizeilichen Handelns abzulesen. Aus Sicht des SID wird dazu festgehalten, dass der Polizeikontakt und der Umgang mit der Bevölkerung wichtige Pfeiler der Aus- und Weiterbildung bleiben.

Der Geschäftsbericht enthält eine kritische Bewertung der Erfahrungen mit der Rad- und Para-Cycling-WM. Die Beanspruchung der Dienstabteilung Verkehr (DAV) und ihrer Mitarbeitenden war sehr hoch. Festzuhalten ist, dass das SID nicht in die Wahl der Streckenführung einbezogen worden war.



2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD), Referat: Jehuda Spielman (FDP)

Das Thema Wohnen bleibt auch im Gesundheits- und Umweltdepartement ein Schwerpunkt mit hoher politischer Priorität. Verschiedene laufende und geplante Projekte sollen dazu beitragen, das städtische Wohnangebot langfristig auch für Menschen im Alter sicherzustellen.

Die Weiterentwicklung des Stadtspitals Zürich wurde im Jahr 2024 weitergeführt. Neben strategischen Fragen zur zukünftigen, politischen und verwaltungstechnischen Organisation standen auch bedeutende räumliche Veränderungen im Zentrum: So wurde die Frauenklinik am Standort Triemli erfolgreich in das Hauptgebäude integriert. In der Europaallee wurde das ambulante Angebot weiter ausgebaut und die Eröffnung einer neuen öffentlichen Apotheke am Standort Triemli hat das dortige Leistungsangebot ergänzt. Zudem sind mehrere Pilotprojekte in Bearbeitung, die Optionen für eine künftige Weiterentwicklung prüfen.

Im Bereich Umwelt und Klima wurden im Rahmen des Ziels «Netto-Null» verschiedene grössere Projekte angestossen oder weitergeführt. Dabei kommen unterschiedliche Ansätze zur Anwendung – von konkreten Infrastrukturmassnahmen über regulatorische Anpassungen bis hin zu Sensibilisierungskampagnen. Die GPK erachtet es als notwendig, dass die Wirkung dieser teils komplexen und kostenintensiven Massnahmen regelmässig evaluiert wird. Zudem ist eine kritische Begleitung und Priorisierung der Projekte aus Sicht der GPK unerlässlich.

2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED), Referat: Maleica Landolt (GLP)

Im Zentrum des Jahresgesprächs standen die aktuellen Herausforderungen des TED.

Bis Ende 2024 betrieb Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) das grösste Fernwärmenetz der Stadt, das sich von Schwamendingen über den Milchbuck zum Hochschulgebiet und entlang der neuen Verbindungsleitung bis nach Auszersihl erstreckt. Die städtische Wärmeversorgung wurde per 1. Januar 2025 beim Elektrizitätswerk (ewz) zusammengeführt. ERZ und ewz waren seit Jahren im Bereich der Wärmeversorgung tätig. Arbeitsabläufe, Prozesse sowie Systeme wurden über die Jahre entwickelt. Da dies voneinander unabhängig in beiden Dienstabteilungen erfolgte, wurden diese Themen in der Vergangenheit nicht gemeinsam



entwickelt. Die Herausforderung bestand und besteht weiterhin, dass bei der Zusammenführung beider Einheiten die Abläufe, Prozesse und Systeme vereinheitlicht und optimiert werden, immer im Sinne, die bessere Lösung beizubehalten, aber natürlich auch unter der Voraussetzung, dass sie in die bestehenden Systeme von ewz integriert werden. Nach dem Entscheid zur Integration wurden die Mitarbeitenden sehr rasch informiert und in den Integrationsprozess involviert. In diversen Arbeitspaketen wurden gemeinsam die wichtigsten Themen behandelt, damit gewährleistet war, dass einerseits die Mitarbeitenden per 1. Januar 2025 nahtlos weiterarbeiten konnten und andererseits, dass Information und Verrechnung gegenüber der Kundschaft durchgehend sichergestellt sind.

Nach der erfolgreichen Umsetzung der neuen Signaletik auf dem Friedhof Sihlfeld im Frühjahr 2022 soll diese auf allen städtischen Friedhöfen umgesetzt werden. Die bestehende Beschilderung auf den Zürcher Friedhöfen ist teils widersprüchlich, veraltet und schwer verständlich. Ein einheitliches, barrierefreies Signaletiksystem soll nun Abhilfe schaffen. Besucher*innen, Angehörige und Dienstleistende sollen sich einfacher zurechtfinden. Das neue Leitsystem erfüllt die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes. Alle Friedhöfe erhalten einerseits einen einheitlichen Auftritt in Form und Design, ferner werden zusätzliche Inhalte wie historische, ökologische oder kulturelle Informationen attraktiv vermittelt. Die Plätze und Anlagen können zudem online aufgefunden werden, zum Beispiel über Google Maps.

2.7 Hochbaudepartement (HBD), Referat: Roland Hurschler (Grüne)

Dem Geschäftsbericht 2024 ist zu entnehmen, dass die Herausforderungen im HBD nach wie vor sehr gross sind. Entsprechend wurden auf das neue Jahr hin die Stellenetats erhöht, insbesondere bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO). Dies trägt den Anforderungen der zu berücksichtigenden und sich laufend verändernden Vorgaben auf Bundes- und Kantonsebene, der Berücksichtigung der «Netto-Null»-Thematik, der steigenden Zahl der Baugesuche sowie einem nach wie vor rekordhohen Bauvolumen Rechnung.

Seit 2024 gilt die ISOS-Direktanwendung (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung). Dies ist der Fall, wenn eine Planung im ISOS-Perimeter liegt und gleichzeitig die Erfüllung von mindestens einer weiteren Bundesaufgabe



betroffen ist (zum Beispiel bezüglich Grundwasserschutz oder Schutzräumen). Kommt die Direktanwendung zum Zug, beurteilt aktuell der Kanton, ob eine erhebliche ISOS-Beeinträchtigung ausgeschlossen werden kann. Ist dies nicht der Fall, braucht es ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK). In Zürich ist rund 75 Prozent des Stadtgebietes mit ISOS-Schutzziele belegt. Somit können Projekte nach langjähriger Planung und trotz sorgfältiger Interessensabwägung zurückgewiesen werden. Das führte im HBD zu deutlich komplexeren Verfahren sowie einem grossen Beratungsaufwand. Das Departement ist daran, mit dem Kanton geeignete Erleichterungen zu erarbeiten und setzt sich auf Bundesebene für eine nachhaltige Lösung des Problems ein.

Ab dem 1. Juni 2024 können die Baugesuche vollumfänglich digital über die Plattform «eBaugesucheZH» eingereicht, bearbeitet und bewilligt werden. Das erhöht die Prozessqualität auch durch den gemeinsamen Zugriff aller beteiligten Bewilligungsstellen und ist ein weiterer, wichtiger Schritt in der digitalen Transformation des Baubewilligungsverfahrens. Im Berichtsjahr stand im Amt für Baubewilligungen zudem der Aufbau eines neuen Teams zur Umsetzung der Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) «klimaangepasste Siedlungsentwicklung» sowie der geplanten Teilrevision der Bau- und Zonenordnung «Baumerhalt» an.

Eines der grösseren Projekte, das im Jahr 2024 vom Amt für Städtebau aufgegleist wurde, ist die Umnutzung des Schlachthof-Areals in Zürich-Altstetten, wozu das HBD ein Testplanungsprogramm erarbeitet hat. Erste öffentliche Mitwirkungsanlässe haben mit einem sehr weiten Beteiligungskreis stattgefunden. Die Mitwirkung fokussiert auf die Öffnung und Vernetzung des Projekts mit dem Quartier, die Zwischennutzungen sowie die schrittweise Transformation in Gewerbenutzungen, Freiräume und soziokulturelle Infrastruktur.

Ein wichtiges Anliegen bleibt die Verwendung von nachwachsenden und / oder rezyklierten Baustoffen zur Senkung der CO₂-Bauemissionen (Stichwort «graue Energie»). Die Grundlagen dazu bilden die Zielsetzungen aus der städtischen «Charta kreislauforientiertes Bauen» und der «Meilenschritte 23». Massnahmen dazu sind die Verwendung von Recycling-Materialen (unter anderem Recyclinggranulat im Beton) sowie von mehr Holzwerkstoffen. Mit Letzteren können die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu konventionellen Bauweisen um



über 10 Prozent gesenkt werden. Auch die zunehmende Anwendung von «Building Information Modeling» (BIM) hilft, da sie eine systematische Katalogisierung aller Bauteile erleichtert und deren zukünftige Weiterverwendung vereinfacht.

2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB), Referat: Dominique Späth (SP)

Im Geschäftsbericht der Stadt Zürich zeigt sich das DIB als äusserst vielfältiges, komplexes Departement. Die Dienstabteilungen arbeiten an Dutzenden von Projekten in verschiedenen Kantonen der Schweiz, im Falle des ewz auch im Ausland. Die Fragen der GPK wurden im Verlauf des Berichtsjahres vom DIB stets ausführlich und kompetent beantwortet. Im Jahresgespräch mit dem Vorsteher des DIB wurde auf alle Dienstabteilungen, namentlich das Departementssekretariat, die Wasserversorgung (WVZ), ewz und die Verkehrsbetriebe (VBZ) eingegangen.

Prüfungsschwerpunkte im Berichtsjahr waren unter anderem die überraschende Kündigung des VBZ-Direktors im April 2024. Die GPK hat dem Departementsvorsteher und dem zuständigen Departementssekretär in diesem Zusammenhang sowohl schriftlich als auch im persönlichen Gespräch Fragen zum Abgang des Direktors und zur Suche nach einer neuen Besetzung gestellt. Diese Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. Der Rekrutierungsprozess war erfolgreich; der neue Direktor trat seine Stelle im Mai 2025 an.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den VBZ hat sich die GPK mit krankheitsbedingten Abwesenheiten des Fahrpersonals beschäftigt. Obwohl die Abwesenheitszahlen im Vergleich mit anderen Berufsbereichen hoch sind, zeigte sich in einem interkantonalen Vergleich, dass die Abwesenheiten bei den VBZ im Durchschnittsbereich liegen. Das Thema wurde im Rahmen des Referatsgesprächs besprochen. Vom Departement beschlossene Massnahmen gegen eine Häufung von Absentismus werden auch Teil der Aufsichtstätigkeit im laufenden Amtsjahr sein.

Im September 2024 hat die GPK einen Bericht zum Thema «Gewalt rund um Fussballspiele im Stadion Letzigrund» vorgelegt. Dabei handelt es sich nicht ausschliesslich um eine Problematik der Dienstabteilungen des DIB, sondern beispielsweise auch des Sicherheitsdepartements. Die VBZ sind aber aufgrund der Verkehrsunterbrüche während Fussballspielen stark betroffen: Die VBZ mussten seit Februar 2022 den Verkehr rund um das Stadion Letzigrund auf das Matchende aufgrund der immer wieder kritischen Sicherheitslage für alle Fahrgäste



sowie die VBZ-Mitarbeitenden temporär einschränken. Im Juli 2024 wurde von den VBZ ein Verkehrskonzept umgesetzt, das vor allem für die Quartiere Altstetten und Albisrieden zu einer Verbesserung der Verkehrssituation führte. Die Problematik ist für die VBZ mittelfristig abgeschlossen; sie wird allerdings das DIB, weitere Departemente und die GPK längerfristig beschäftigen.

2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD), Referat: Karin Weyermann (Die Mitte)

Anlässlich des Jahresgesprächs mit dem Vorsteher des SSD sowie mit dem Departementssekretär wurden ergänzend zum Geschäftsbericht verschiedene, im Berichtsjahr aktuelle Themen besprochen. So ist die Umsetzung der Tagesschulen weiterhin grundsätzlich auf Kurs. Aufgrund von Verschiebungen von Bauten wird die definitive Einführung nicht bis 2030 möglich sein. Auch bei den Schulen, welche noch keine Tagesschulen sind, liegt die Betreuung bereits bei rund 60 Prozent. Die unterschiedlichen Tarifsysteme mit den gebundenen und ungebundenen Mittagern sind kompliziert. Der Rückgang der Geburtenrate hat bereits Auswirkungen auf die Anzahl Kindergartenklassen, zudem sollen Projekte zurückgestellt werden. Herausfordernd ist die Zunahme der Sonderschulquote. Es gibt zu viele Kinder, die schwer integrierbar sind. Auch die Beobachtung des Fachbereichs Schulen, dass vermehrt Schwierigkeiten in der Klassenführung den Problemen zugrunde liegen, dürfte mit der Zunahme der Sonderschulquote zusammenhängen.

Die Meldestelle für Antisemitismus, Rassismus, interreligiöse Konflikte oder Radikalisierung an Schulen läuft sehr gut. Die Stelle ist sehr nützlich und der Kontakt mit der Polizei und jüdischen Stellen funktioniert sehr gut.

Bei der Rad- und Para-Cycling-WM muss rückblickend festgestellt werden, dass die Sponsoringgelder zu optimistisch budgetiert wurden und somit seitens Stadt und Kanton zu wenig Geld vorgesehen wurde. Durch die politisch gewollte Integration der Para-Cycling-Wettbewerbe in die Rad-WM und der Tatsache, dass alle Rennen beim Sechseläutenplatz enden sollten, waren lange Sperrungen notwendig. Diese belasteten die Bevölkerung und das Gewerbe zu stark, was zu einer negativen Stimmung führte. Zusammen mit dem schlechten Wetter und dem tragischen Todesfall ergab sich eine Kombination, welche zu dem Defizit führte.



Bei der «UEFA Women's EURO» wird dies nicht passieren. Hier sieht es finanziell sehr gut aus. Das Letzigrund-Stadion ist immer ausverkauft.

2.10 Sozialdepartement (SD), Referat: Sanija Ameti (Parteilos)

Auch im Jahr 2024 war die Unterbringung und Integration von Geflüchteten ein Schwerpunktthema des SD. Per 1. Juli 2024 hat der Kanton die Aufnahmequote von 1,3 auf 1,6 Prozent erhöht, was einen grösseren Effort für das Sozialdepartement bedeutete. Auch wenn die Anzahl Geflüchteter nicht so stark wie prognostiziert gestiegen ist, hat das Sozialdepartement in Erfüllung der kantonalen Vorgaben neue Unterkünfte geschaffen. Damit konnte einem der Hauptprobleme des Jahres 2023 weiter Rechnung getragen werden. So wurde eine neue, grosse Kollektivstruktur an der Schärenmoosstrasse in Seebach in Betrieb genommen. Sodann wurde per 1. Januar 2024 mit dem «Kredit für Flucht und Migration» die Möglichkeit geschaffen, zivilgesellschaftliches Engagement zur Unterstützung von geflüchteten und migrierten Menschen in der Stadt Zürich zu finanzieren, und damit deren Integration und Akzeptanz zu fördern.

Der Drogenkonsum im öffentlichen Raum hat die Stadt auch im Jahr 2024 gefordert. Durch die Instrumente der «Vier-Säulen-Politik» konnte eine Ausbreitung der Hotspots verhindert werden. Nachdem aufgrund der Schliessung des Kasernenareals das Angebot der Städtischen Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) während mehrerer Monate reduziert betrieben wurde und dies zu einer Verlagerung des Konsums in den öffentlichen Raum führte, hat sich die Situation mit der Eröffnung einer provisorischen Kontakt- und Anlaufstelle Ende 2023 auf dem Kasernenareal beruhigt. Eine weitere Anlaufstelle ist in Planung.

Der Fachkräftemangel in sozialen Berufen bleibt eine der grössten Herausforderungen. Das Sozialdepartement versucht seit 2024, den Arbeitgeberauftritt zu stärken, etwa mit Beiträgen an Fachtagungen oder auf Plattformen wie LinkedIn. Insbesondere die Kommunikation von Entwicklungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten spielt eine grosse Rolle. Denn die Problematik des fehlenden Personals beim Sozialdepartement ist nicht auf eine etwaige Unattraktivität des Arbeitgebenden zurückzuführen, sondern beruht auf dem allgemeinen Arbeitskräftemangel. Aktuelle Rekrutierungsdaten zeigen, dass insbesondere Sozialarbeiter*innen, agogische Betreuer*innen und Fachmitarbeiter*innen fehlen.



Obwohl die im Jahr 2023 neu geschaffenen Arbeitsmarktstipendien sehr aufwändig in der Prüfung sind, hatten diese auch im Folgejahr einen positiven Einfluss: Insgesamt begleitete das Laufbahnzentrum (LBZ) im Jahr 2024 über 200 erwachsene Personen (laufende Fälle) auf dem Weg zum Berufsabschluss.

Im August 2024 hat der Gemeinderat die teilrevidierte Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich (VO KB) verabschiedet, womit die rechtlichen Grundlagen für zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten, einen besseren Betreuungsschlüssel für die betreuten Kinder sowie eine Steigerung des Anteils der höher qualifizierten Betreuungspersonen in den Kitas geschaffen wurden. Diese gemäss der revidierten Verordnung vorgesehenen Massnahmen wurden allerdings sistiert, weil drei Kita-Betreibende Rekurs eingereicht haben. Es wird davon ausgegangen, dass der Rekurs bis vor Bundesgericht gezogen wird, was mehrere Jahre dauern könnte. Während dieser Zeit wird das Instrumentarium der alten Verordnung weiterhin angewandt.

3. Unerledigte Motionen und Postulate

Da die Abschreibungsanträge zu den Postulaten seit 2019 in einer separaten Weisung beraten werden und nicht mehr Teil des Geschäftsberichts der Stadt Zürich sind, listet der Stadtrat nur noch die unerledigten Motionen und Postulate im Geschäftsbericht auf. Eine Berichterstattung an den Gemeinderat ist ab zwei Jahren notwendig, weshalb der Stadtrat den Stand der Abklärungen bei Bedarf kommentiert.

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 130 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate ersuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung des Stadtrats nicht teilt, eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist für den Stadtrat eine Motion erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der GeschO GR nicht geregelt.



Die GPK prüft im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts auch die unerledigten Postulate. Gemäss Art. 137 GeschO GR hat der Stadtrat innert zwei Jahren nach Überweisung eines Postulats das Ergebnis der Prüfung des Postulats oder den geforderten Bericht vorzulegen. Dies sollte er im Rahmen des Geschäftsberichts tun, wenn er der Meinung ist, dass die Prüfung noch nicht vollumfänglich erfüllt sei. Andernfalls beantragt er die Abschreibung mit einer jedes Jahr zuhanden des Gemeinderats zu verabschiedenden separaten Weisung zur Abschreibung von Postulaten. Analog der letztjährigen Berichterstattung lag der Fokus der GPK hinsichtlich abschreibungsbereiter Vorstösse im aktuellen Bericht erneut nur auf einem Departement.

4. Dank

Die Mitglieder der GPK bedanken sich bei allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, dem Stadtschreiber, dem Rechtskonsulenten des Stadtrats sowie den Leitungen der Departementssekretariate dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.

.



5. Antrag und Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2024 (Beilage) wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung des Berichts: Matthias Probst (Grüne), Präsidium

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Für die GPK

Matthias Probst (Grüne), Präsidium
Bettina Falah, Sekretariat

Zürich, 16. Juni 2025